Beschluss des Rates vom 05.11.2020 zur Übertragung von Zuständigkeiten auf die Ausschüsse und den Bürgermeister

Gemäß § 41 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) i.V. mit § 9 der Hauptsatzung der Stadt Vlotho in der zurzeit gültigen Fassung wird die Zuständigkeit der Ausschüsse und des Bürgermeisters wie folgt geregelt:

I. Pflichtausschüsse

1. Haupt- und Finanzausschuss (HFA)

Der HFA hat die Arbeiten aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen. Er bereitet die Haushaltssatzung der Gemeinde vor und trifft die für die Ausführung des Haushaltsplanes erforderlichen Entscheidungen, soweit hierfür nicht andere Ausschüsse zuständig sind.

Insbesondere obliegt dem HFA die Beratung und Beschlussempfehlung in Angelegenheiten der Fachdienste Finanzen, Zentrale Verwaltungsdienste und Ordnung, einschließlich der diesbezüglichen Budgetberatungen.

Soweit nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind, werden im Rahmen dieser Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

- a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenständen und Grundstücken bis zu einem Wert von 500.000 € im Rahmen der Haushaltsansätze je Maßnahme,
- b) Erteilung von Aufträgen im Rahmen der Haushaltsansätze,
- c) Stundung und Erlass von Forderungen,
- d) Abschluss von Miet- und Pachtverträgen,
- e) Vornahme von Schenkungen sowie die Hingabe von Darlehen der Gemeinde bis zum Wert von 50.000 € je Maßnahme,
- f) Vorberatung und Beschlussempfehlung sämtlicher Gebührenangelegenheiten des städtischen Haushalts.

2. Rechnungsprüfungsausschuss (RPA)

Wahrnehmung der Aufgaben gem. §§ 101 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW)

3. Wahlausschuss (WA)

Der WA nimmt die ihm zugeordneten Entscheidungen nach Maßgabe der kommunalwahlrechtlichen Vorschriften, insbesondere die des Kommunalwahlgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KWahlG), wahr.

4. Wahlprüfungsausschuss (WPA)

Der WPA nimmt die ihm zugeordneten Entscheidungen nach Maßgabe der kommunalwahlrechtlichen Vorschriften, insbesondere die des Kommunalwahlgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KWahlG), wahr.

II. Freiwillige Ausschüsse

1. Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung (ASW)

Beratung und Beschlussempfehlung - einschließlich der Budgetberatungen - in Angelegenheiten der Produktgruppe Bauliche Dienste.

Soweit nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind, werden im Rahmen dieser Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

- a) Erstellung und Umsetzung des gesamtstädtischen Entwicklungskonzeptes,
- b) Erstellung und Umsetzung eines Wirtschaftsförderungskonzeptes,
- c) Maßnahmen zur Stadtentwicklungsplanung,
- d) Grundsätzliche Entscheidungen über die Durchführung städtebaulicher Wettbewerbe,
- e) verfahrensrechtliche Beschlüsse in Bauleitplanverfahren nach dem Baugesetzbuch (BauGB) mit Ausnahme der Abschlussbeschlüsse (beim Flächennutzungsplan) bzw. Beschlüsse über bauplanungsrechtliche Satzungen (mit Ausnahme der Entscheidungen zu Standorten von Windenergieanlagen),
- f) Bauleitplanung der Nachbargemeinden, soweit dagegen nach pflichtgemäßer Prüfung durch den Bürgermeister Bedenken erhoben werden sollen,
- g) Stellungnahmen und Änderungsanträge zum Landesentwicklungsplan (LEP) und zum Regionalplan (RP) sowie weitere planungsrelevante Unterlagen,
- h) Erteilung von Aufträgen im Rahmen der Haushaltsansätze bis zu 500.000 Euro je Maßnahme,
- i) Beratung und Empfehlung von Satzungsbeschlüssen nach dem Baugesetzbuch,
- j) Abschluss von Erschließungs- und Durchführungsverträgen nach dem Baugesetzbuch,
- k) Versagung des gemeindlichen Einvernehmens bei Bauanträgen sowie Bauvoranfragen und Stellungnahme zu diesbezüglichen Widersprüchen,
- l) Stellungnahme zu Widersprüchen bei Ausübung des gemeindlichen Vorkaufrechtes gem. §§ 24 ff. Baugesetzbuch,
- m) Entscheidungen nach dem Denkmalschutzgesetz (DSchG), insbesondere die Versagung von Erlaubnissen nach § 9 DSchG sowie die Entscheidung über diesbezügliche Widersprüche.

2. Betriebsausschuss der Vlothoer Wirtschaftsbetriebe (BA)

- a) Vorberatung der Wirtschaftspläne der Sparten Straßenneubau, Innenstadtprojekte, Abwasser, Service und Personal der Vlothoer Wirtschaftsbetriebe,
- b) Beschlussfassung über das Jahresinvestitionsprogramm der Sparten Straßenneubau, Innenstadtprojekte, Abwasser, Service und Personal im Rahmen der vom Rat beschlossenen Wirtschaftspläne,

- c) dem Betriebsausschuss steht Entscheidungsbefugnis im Rahmen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung der Vlothoer Wirtschaftsbetriebe in der jeweils geltenden Fassung zu,
- d) Erteilung von Aufträgen im Rahmen der Wirtschaftsplanansätze,
- e) örtliche Verkehrsplanungen,
- f) Stellungnahme der Stadt zu überörtlichen Verkehrsplanungen,
- g) Abschluss von Ablösungsverträgen bei Straßenbaumaßnahmen,
- h) Bauprogramm zum erstmaligen Ausbau, der nachmaligen Herstellung oder der Verbesserung von Gemeindestraßen,
- i) Widmung, Teil-Einziehung und Einziehung von Straßen,
- j) Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung im Bereich der Straßenbeleuchtung und -entwässerung,
- k) Entscheidung zur Übernahme von Privatwegen und Interessentenwegen als öffentliche Straße,
- l) Benennung von Straßen,
- m) Angelegenheiten des Friedhofswesens inklusive Gebührenberatung.

3. Ausschuss für Schule, Kultur, Jugend und Sport (ASKJS)

Beratung und Beschlussempfehlung in Angelegenheiten der Produktgruppe Schulbüro (und zukünftig Kultur) einschließlich der diesbezüglichen Budgetberatungen.

Soweit nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind, werden im Rahmen dieser Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

- a) Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten des Schulträgers,
- b) Ausübung des Vorschlagsrechtes für die Besetzung von Stellen für Schulleiter- und stellvertretenden Schulleitern,
- c) Maßnahmen, die der Jugend- und Sportförderung dienen, im Rahmen der Ansätze des Haushaltsplanes,
- d) Beratung und Empfehlung in allen Angelegenheiten des Sportes, der Jugendpflege und Jugendhilfe mit örtlichem Bezug,
- e) Errichtung, Umgestaltung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen und Bolzplätzen im Rahmen der Haushaltsansätze,
- f) Anschaffung von Inventar für Sporteinrichtungen im Rahmen der Haushaltsansätze bis zum Wert von 500.000 Euro je Maßnahme,
- g) Anschaffung von Inventar für Einrichtungen der Jugendhilfe bis zum Wert von 25.000 Euro je Maßnahme im Rahmen des Haushaltsplanes,
- h) Beratung und Beschlussfassung in Kulturangelegenheiten einschließlich der Kulturförderung im Rahmen der Haushaltsansätze,

- i) Angelegenheiten der Kulturfabrik –ohne bauliche Angelegenheiten-,
- j) Angelegenheiten der Volkshochschule,
- k) Angelegenheiten der Stadtbücherei –ohne bauliche Angelegenheiten-.

4. Ausschuss für Liegenschaften (AL)

Soweit nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind, werden im Rahmen dieser Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

- a) Fachliche und technische Begleitung und Beratung sowie Beschlussempfehlungen zum Produkt Zentrale Liegenschaftsverwaltung,
- b) Entscheidungen im Rahmen der Maßnahmen zum Neubau, zur Sanierung und zur Substanzerhaltung sämtlicher städtischer Liegenschaftsangelegenheiten im Rahmen der Haushaltsansätze bis zu 500.000 € je Maßnahme.

5. Ausschuss für Soziales, Senioren, Integration und Gleichstellung (ASSIG)

Beratung und Beschlussempfehlung in Angelegenheiten des Seniorenbüros, der Produktgruppe Sozialbüro –Integration- und Migrationsangelegenheiten-, Angelegenheiten der Gleichstellungsstelle, einschließlich der diesbezüglichen Budgetberatungen.

Soweit nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind, werden im Rahmen dieser Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

- a) Erteilung von Aufträgen im Rahmen der Haushaltsansätze bis zu 500.000 Euro je Maßnahme,
- b) Durchführung von Maßnahmen, die der Förderung der freiwilligen Senior*innenhilfe dienen im Rahmen der Haushaltsansätze,
- c) Gewährung von Zuschüssen an Vereine sowie Einrichtungen und Organe der freien Wohlfahrtspflege und Beihilfen in Sonderfällen im Rahmen der Haushaltsansätze.

6. Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Abfall (AKUA)

Beratung und Beschlussempfehlung - einschließlich der Budgetberatungen - in Angelegenheiten der Produktgruppe Umweltdienste.

Soweit nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind, werden im Rahmen dieser Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

- a) Aufstellung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes sowie Weiterentwicklung des Klimaschutzes in Vlotho
- b) Stellungnahmen und Änderungsanträge zum Landschaftsplan sowie weitere planungsrelevante Unterlagen,
- c) Erteilung von Aufträgen im Rahmen der Haushaltsansätze bis zu 500.000 Euro je Maßnahme,

- d) Planungen, Beratungen, Beschlussfassungen zu umweltbedeutsamen Vorhaben sowie Straßenbauvorhaben, soweit für diese nicht andere Ausschüsse zuständig sind,
- e) Entwicklung und Einleitung von Maßnahmen zur Umweltverbesserung,
- f) Maßnahmen der Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden (z. B. Maßnahmen des Bodenschutzes),
- g) Lärmschutzangelegenheiten, soweit nicht Bestandteil von überörtlichen Straßenbaumaßnahmen,
- h) Angelegenheiten des Natur- und Landschaftsschutzes,
- i) Planungen und Vorhaben nach dem Landschaftsgesetz, insbesondere zum Landschaftsplan des Kreises Herford,
- j) Maßnahmen der Abfallentsorgung und –wirtschaft,
- k) Maßnahmen zum Ausbau von Gewässern.

7. Ausschuss für Mobilität (AM)

- a) Beteiligung in allen Angelegenheiten des lokalen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) von nicht nur untergeordneter Bedeutung,
- b) Beteiligung bei Maßnahmen aus dem Bereich der Mobilität, zum Beispiel:
 - barrierefreie Gestaltung von Einrichtungen des ÖPNV,
 - Errichtung von Mobilstationen,
 - Einführung neuer Mobilitätsangebote,
 - E-Mobilität einschließlich der Errichtung der dazu erforderlichen Infrastruktur,
 - Radwegekonzepte,
- c) Entscheidungsbefugnis bei Einzelmaßnahmen, sofern die Aufwendungen weniger als 10.000 € betragen und entsprechende Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung stehen.

8. Ausschuss für Brand- und Bevölkerungsschutz (ABB)

Soweit nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind, werden im Rahmen dieser Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

- a) Angelegenheiten des Brand- und Bevölkerungsschutzes,
- b) Erteilung von Aufträgen im Rahmen der Haushaltsansätze bis zu 500.000 Euro je Maßnahme.

III. Bürgermeister

Dem Bürgermeister werden im Rahmen seiner gesetzlichen oder gem. § 12 Abs. 1 der Hauptsatzung übertragenen Zuständigkeiten insbesondere folgende Entscheidungsbefugnisse übertragen:

a) Verfügung über Gemeindevermögen:

aa) der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken und beweglichen Vermögensgegenständen bis zum Wert von 100.000 Euro,

bb) die Vornahme von Schenkungen bis zum Wert von 1.000 Euro,

cc) die Bewilligung von Lohn- und Gehaltsvorschüssen der Stadt bis zum Wert von 5.000 Euro, die innerhalb der Fristen des entsprechenden Landesrechts zurückzuzahlen sind.

b) Erteilung von Aufträgen, soweit sie nicht unter a) fallen, bis zum Wert von 100.000 Euro im Rahmen der Haushaltsansätze,

c) Führung von Rechtsstreitigkeiten,

d) Abschluss von gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleichen über Forderungen, die den Wert von 25.000 Euro je Einzelfall nicht übersteigen,

e) Abschluss von Verträgen über die Vereinbarung von Dienstbarkeiten und sonstigen grundstücksrechtlichen Angelegenheiten mit einer Entschädigungsleistung durch die Stadt bis zu einem Wert von 50.000 Euro je Einzelfall,

f) Regelung von Ansprüchen aus enteignungsgleichen Eingriffen bis zu einem Betrag von 12.500 Euro je Einzelfall.

Diese Neufassung des Beschlusses tritt mit Wirkung von heute (05.11.2020) in Kraft. Entgegenstehende Beschlüsse sind aufgehoben.